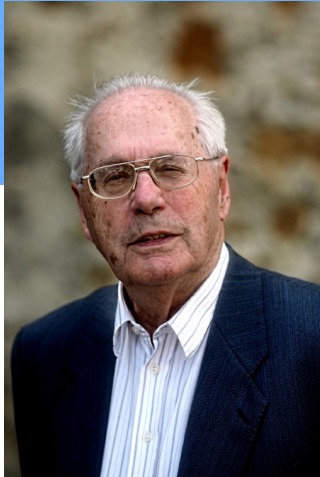


Keupers

kritischer

Kommentar



07-01-2018

Juli 2018

Europa quo vadis?

Das „Vereinte Europa“, die Politik der Europäischen Union, die Stabilität des Euros stehen zurzeit im Fokus des (wirtschafts-)politischen Geschehens, und natürlich insbesondere die Disharmonien zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten. Nicht nur hinsichtlich einer zukünftigen Migrationspolitik und dem Schutz der Außengrenzen der EU, sondern auch bezüglich des globalen Außenhandels, einer freiheitlichen Rechtsprechung, der Erreichung der Ziele des Klimaschutzes und letztendlich wegen des gewünschten Austritts des Vereinigten Königreiches aus der EU, des Brexit.

Diese vielen ungelösten Probleme, welche quasi einem Stillstand der Integration der einzelnen Staaten gleichkommen, lähmen die Weiterentwicklung der europäischen Vereinigung, schwächen die Finanzkraft des Euros und damit die wirtschaftliche Expansion der europäischen Wirtschaftskraft.

Die Behauptung, die Europäische Union sei heute in einer Krise, trifft nicht die ganze Wahrheit, denn sie ist seit ihrer Gründung in einer gewissen fortlaufenden Krise und seit 2008 sowieso. Die globale Finanzkrise ging über in eine Staatsschuldenkrise, welche vor allem die Staaten im Süden getroffen hat. Und dadurch entstand dann eine Eurokrise, welche den mentalen Zusammenhalt der Staatengemeinschaft erschütterte, indem der Norden mit seinem mehr vernunftsbezogenem Denken meinte, dem Süden mit seiner mehr gefühlsbetonten Lebensart seine finanzwirtschaftlichen Regeln aufdrängen zu müssen. Dadurch wurden grundsätzliche Gegensätze gesellschaftlicher und kulturgeschichtlicher Art erkennbar, die davon zeugen, dass ein Zusammenwachsen der grundverschiedenen Völker und Kulturen viel Zeit und Geduld bedürfen. Letztendlich werden vor allem geistige Werte, Fähigkeiten und Eigenschaften benötigt, um den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Gegensätzen entgegenzutreten.

Eine Einigung Europas braucht daher Zeit, viel Zeit. Sie muss organisch wachsen können, und sie muss die Menschen stärker in den Mittelpunkt der Entwicklung stellen. Den Menschen mit seinen Bedürfnissen, seinen (Lebens-)Gewohnheiten und seinem kulturellen Background.

Die Fehler einer neoliberalen Struktur der heutigen Europapolitik.

Doch bisher sind besonders die Vorstellungen der Wirtschafts- und Finanzwelt der Motor

der Europäischen Union, ja, die EU scheint immer noch nur die Ziele, das Streben ihrer Vorgängerinstitution der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der EWG fortsetzen zu wollen.

Dazu passt, dass unsere Kanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emanuel Macron sich im brandenburgischen Meseberg getroffen haben und besprochen, wie in der EU die wirtschaftliche Angleichung unter den Ländern ausgebaut werden kann. Eine Ausweitung von wirtschaftlichen Investitionen soll die wirtschaftliche Ungleichheit in Europa mildern. Nur von wirtschaftlicher Ungleichheit wird in der EU immer gesprochen, aber nicht von der sozialen Ungleichheit, die Ungleichheit der menschlichen Existenzen!

Auch die Idee Macrons, ein europäisches Finanzministerium zu schaffen mit entsprechenden Budgetrechten auch auf die nationalen Finanzgebaren zeigen, dass bei der EU-Kommission, dass bei den verantwortlichen Politikern das wirtschaftliche Machtstreben Vorrang genießt. Die Menschen mit ihren Sorgen und Nöten spielen dabei anscheinend eine untergeordnete Rolle. Doch ein Europa der wirtschaftlichen „Eliten“ kann nicht zu einem „vereinten“ Europa führen!

Die Anfangsideale eines vereinten Europas, wie sie nach dem 2. Weltkrieg entstanden, nach einem menschlichen vereinten Europa für Frieden, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit, gegen Krieg, gegen Verfolgung und Unterdrückung, schwinden zusehends dahin. Nationale Eigeninteressen treten immer mehr in den Vordergrund nach dem Motto: „Zuerst die eigene Macht ausbauen und durchsetzen“. Europa zerstreitet sich immer mehr!

Viele Menschen bezweifeln inzwischen eine positive Entwicklung für ein Vereintes Europa. Die wirtschaftlichen Divergenzen und neuerdings die Migrationsfrage lassen sich nur lösen, wenn mehr Toleranz, mehr Solidarität entwickelt wird, wenn humanistische Werte für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit die Europapolitik der Zukunft bestimmen.

Bei der Europawahl die Sozialdemokratie stärken!

Die Sozialdemokratie tritt ein für eine fortschrittliche Europapolitik, denn in den sozialdemokratischen Genen ist ein Internationalismus und ein progressives, solidarisches Gerechtigkeitsdenken fest verankert. Damit ist sie, die Sozialdemokratie, prädestiniert für eine zukunftsweisende Europapolitik. Das setzt aber voraus, dass die Sozialdemokraten eine bestimmende Größe nicht nur im Europaparlament werden müssen, sondern dass die Politik der Sozialdemokratie wieder in den Ländern des vereinten Europas ein bestimmender Faktor wird! Zur Zeit sieht es so aus, dass antieuropäische, rechtsnationale Strömungen an Bedeutung gewinnen, dass die EU sich hin zu einer autoritär-demokratischen Regierungsform entwickelt. Um diesem entschlossen zu begegnen, müssen die Sozialdemokraten bei der kommenden Europawahl den Wählerinnen und Wählern ihre sozialpolitische Kompetenz präsentieren, indem sie sich einsetzen für eine sozialpolitische Offensive in der Europapolitik, in dem sie sich einsetzen für ein „menschlicheres Europa“!

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 01. Juli 2018,

Heinrich Keuper